



Inhalt

dbb Chef im Interview

[Arbeiten im öffentlichen Dienst: Nicht nur Geld entscheidend](#)

Fachkräftemangel

[Erzieherinnen und Erzieher: Ausbildung bundesweit vergüten](#)

Ideencampus „Let's get digital“

[Digitalisierung: Junge Beschäftigte als Experten und Change Agents begreifen](#)

5. Seniorenpolitische Fachtagung des dbb

[Wohnungsmarkt ist „tickende Zeitbombe“](#)

Zusammenarbeit im öffentlichen Dienst

[Europapolitik: Wir brauchen eine umfassende Afrika-Strategie](#)

dbb ist Gründungsmitglied

[„Bundesnetzwerk Schwerbehindertenvertretungen“ gegründet](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Gewalt gegen öffentlichen Dienst reißt nicht ab](#)

Bremen

[Scharfe Kritik an geplanter Auflösung der Versorgungsrücklage](#)

Hessen

[dbb hessen lehnt Bundesbank-Vorschlag für Rente mit 69 ab](#)

Nordrhein-Westfalen

[Digitalisierte Verwaltung - Anspruch und Wirklichkeit liegen weit auseinander](#)

Rheinland-Pfalz

[Digitalisierung und Gesundheitsmanagement zusammen denken](#)

BDZ

[Neue Bereichszulage beim Zoll](#)

GDL

[DB-Berateraffäre: Dieser Sumpf muss trockengelegt werden](#)

VBE

[Bund-Länder-Initiative „Schule stark machen“ ist halbherzig](#)

VDR

[Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen widerspricht Ergebnissen der IQB-Studie](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Chef im Interview

Arbeiten im öffentlichen Dienst: Nicht nur Geld entscheidend

Im Interview mit der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 22. Oktober 2019) hat dbb Chef Ulrich Silberbach flexiblere Arbeitszeitmodelle für den öffentlichen Dienst gefordert.

„Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes hängt nicht allein vom Geld ab“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende. „Um mehr junge Leute zu gewinnen, müssen wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von Beruf und Pflege von Angehörigen, ja auch von Beruf und Freizeit verbessern.“ Zudem sollten die öffentlichen Arbeitgeber die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit im öffentlichen Dienst stärker betonen. „Wir müssen Menschen finden, die etwas für das Gemeinwohl tun wollen. Da gibt es ja viele.“

Auf diesem Wege könnten auch in Bereichen mit besonders großem Personalmangel noch Fachkräfte gewonnen werden, etwa in der IT. Silberbach: „Hier haben wir gegenüber der freien Wirtschaft, die solchen Kräften viel höhere Löhne zahlt, fast keine Chance. Wir müssen stärker an die gesellschaftliche Verantwortung solcher Computer-Spezialisten appellie-

ren, nach dem Motto: Du arbeitest für das Gemeinwohl, für unser Land.“ Als weitere Beispiele für Arbeitsfelder mit besonders Nachwuchssorgen nannte der dbb Chef die Justiz, die Steuerverwaltung und die Polizei.

Ein weiteres Hindernis für den Einstieg von jungen Menschen in den öffentlichen Dienst sei auch die immer noch große Zahl an befristeten Stellen. „Junge Menschen haben auf dieser Grundlage keine Planungssicherheit: Mit einer befristeten Beschäftigung bekommen sie keinen Kredit und nur schwer eine Wohnung“, erklärte Silberbach. „Angesichts des leer gefegten Arbeitsmarktes gehen junge Menschen dann eben in die freie Wirtschaft. Selbst wenn sie auch dort nur einen befristeten Arbeitsvertrag bekommen, erhalten sie immerhin mehr Geld als beim Staat.“

Das vollständige Interview: augsburger-allgemeine.de.

Fachkräftemangel

Erzieherinnen und Erzieher: Ausbildung bundesweit vergüten

Um mehr Fachkräfte für Erziehung zu gewinnen, sollen bundesweit alle entsprechenden Ausbildungsmodelle vergütet werden. Das hat dbb Chef Ulrich Silberbach am 21. Oktober 2019 gefordert.

Damit reagierte Silberbach auf die positive erste Bilanz der „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), deren erste Etappe gerade abgeschlossen wurde. Der Bund finanziert dabei 5.000 Plätze, unter anderem in der praxisintegrierten vergüteten Ausbildung und in der Praxisanleitung.

Allein für die praxisintegrierte vergütete Ausbildung sind über 7.600 Interessensbekundungen eingegangen, teilte das Ministerium mit. „Das zeigt, dass grundsätzlich Interesse für den Erzieherberuf besteht, aber die Ausbildungsvergütung zum Teil ein Hindernis ist, um sich tatsächlich dafür zu entscheiden. Diese Interessentinnen und Interessenten werden aber dringend gebraucht, denn bis 2025 werden in Deutschland laut der prognos-Studie rund

191.000 pädagogische Fachkräfte fehlen“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende. „Unser Ziel ist es daher, dass in naher Zukunft alle Ausbildungsmodelle für Erzieherinnen und Erzieher bundesweit vergütet werden.“

Gleichzeitig wies Silberbach darauf hin, dass trotz der enormen Personalengpässe keine Abstriche bei der Qualifikation gemacht werden dürften: „Die Zeiten, in denen Kinder in der Kita mehr oder weniger ‚verwahrt‘ wurden, sind schon lange vorbei. Frühkindliche Bildung ist eine anspruchsvolle Herausforderung, die unbedingt in die Hände von top ausgebildeten Fachkräften gehört.“

Informationen zum Bundesprogramm „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“: fachkraefteoffensive.fruhe-chancen.de.

Ideencampus „Let's get digital“

Digitalisierung: Junge Beschäftigte als Experten und Change Agents begreifen

Gerade die jungen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Deutschland können die dringend erforderliche Digitalisierung voranbringen – wenn man sie lässt, sagt dbb Chef Ulrich Silberbach.

„Für die jungen Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, die so genannten ‚Digital Natives‘, sind digitale Arbeitsabläufe selbstverständlich. Sie sind mit moderner Technik, smarten digitalen Anwendungen, Mails und Internet aufgewachsen und bringen ein Know-how und eine Intuition mit, die wir viel stärker nutzen müssen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach zum Auftakt des Ideencampus‘ „Let's get digital“ der dbb jugend am 22. Oktober 2019 in Berlin.

In Anbetracht der nur stockend vorankommenden digitalen Transformation staatlicher Dienstleistungen halte er es für dringend geboten, „die eigenen Talente zu fördern und zu fordern. Wir brauchen keine millionenteuren Beratungsfirmen – das Anwendungs- und Nutzerwissen in Sachen Digitalisierung sitzt in Gestalt der jungen Menschen bereits in den Behörden und Verwaltungen. Sie sind die Experten und Change Agents, die wir brauchen, um die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes zielführend zu gestalten und zu einem Erfolgsprojekt zu machen“, so Silberbach.

„Das natürliche Expertenwissen junger Beschäftigter muss anerkannt und gemeinsam mit dem Erfahrungswissen der Älteren aktiv genutzt werden“, betonte auch Karoline Herrmann, Vorsitzende der dbb jugend. „Wir sehen

eine große Chance in Begegnungen auf Augenhöhe mit den erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, von denen beide Seiten profitieren.“ Ganz entscheidend für eine erfolgreiche Digitalisierung sei die adäquate Ausbildung der Beschäftigten, unterstrich die dbb jugend Chefin. „Da sich die Anforderungen schnell wandeln, müssen die Inhalte in Studium und Ausbildung fortlaufend aktualisiert werden. Die Basiskompetenzen digitalen Verwaltungshandelns und Veränderungskompetenz müssen fachspezifisch, berufsgruppen- und laufbahngerecht vermittelt werden. Nur so kann eine fortlaufende Modernisierung der Dienststellen gelingen.“

Beim Ideencampus „Let's get digital“ der dbb jugend diskutierten junge Beschäftigte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes über die Digitalisierungsherausforderungen in Behörden und Verwaltungen – gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft (u. a. Eva Christiansen, Abteilungsleiterin Innovation und Digitalpolitik im Bundeskanzleramt, Stefanie Hecht vom Fraunhofer FOKUS) und Vertreterinnen und Vertretern der Jugendorganisationen der Parteien.

Ausführlicher Bericht und Bilderschau zum Ideencampus stehen: dbb.de.

5. Seniorenpolitische Fachtagung des dbb **Wohnungsmarkt ist „tickende Zeitbombe“**

Als „tickende Zeitbombe“ hat der Zweite Vorsitzende des dbb, Friedhelm Schäfer, die Entwicklung des Wohnungsmarktes in Deutschland bezeichnet.

Auf der 5. Seniorenpolitischen Fachtagung „Wohnen im Alter – unbezahlbar in der Stadt oder verlassen auf dem Land?“ am 21. Oktober 2019 im dbb forum berlin forderte Schäfer, wohnungsmarkt- und infrastrukturpolitische Instrumente ganzheitlich einzusetzen, um zukunftsorientierte Lösungen zu entwickeln.

Die Wohnungsmisere sei nicht über Nacht entstanden, sondern ein Ergebnis jahrzehntelanger Fehlplanung und Fehlinvestition: „Ballungsräume haben nicht ausreichend bezahlbaren Wohnraum, ländliche Räume keine ausreichende Infrastruktur. Hinzu kommen die Folgen des demografischen Wandels, wenn junge Menschen in die Stadt ziehen, während Ältere bei schwindender Infrastruktur auf dem Land zurückbleiben“, so Schäfer. Die Politik habe

diese Entwicklung zwar erkannt, es mangle aber an konkreten Gegenmaßnahmen.

Bei der Verbesserung ländlicher Infrastrukturen vorwiegend auf Digitalisierung zu vertrauen, sei zu kurz gedacht: „Ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen können nicht ohne Weiteres Computer und Internet nutzen, weil die technischen Hürden für viele zu hoch sind. Außerdem sind zwischenmenschliche Kontakte und der persönliche Austausch unerlässlich“, sagte der dbb Vize. Das müsse sich im infrastrukturellen Angebot von der Mobilität bis zur medizinischen Versorgung widerspiegeln. „Die Erreichbarkeit von Behörden, Apotheken, Medizin und Pflege ebenso wie Bildungs- und Kulturangeboten ist dabei eine besondere Herausforderung. Wir werden uns von lieb gewonnenen Gewohnheiten verabschieden müssen. Aber die Menschen können auch erwarten, dass sie für die Belange des täglichen Lebens nicht erst 30 Kilometer fahren müssen.“ Ebenso müssten alternative und finanzierbare Wohnformen für Senioren intensiver gefördert werden - auf dem Land und in der Stadt.

Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Horst Günther Klitzing attestierte Bund, Ländern und Gemeinden wohnungsmarktpolitische Konzeptlosigkeit: „Ein behördliches Zuständigkeitswirrwarr fördert Insellösungen und verhindert schnelle Veränderungen. Die Politik hat kaum Perspektiven für individuelle Lebensplanungen der Menschen, und in vielen Entscheidungsgremien scheint Ideologie wichtiger zu sein als weitsichtige und nachhaltige Lösungen.“

Als Konsequenz aus dem 7. Altersbericht der Bundesregierung von 2017 forderte Klitzing die Schaffung von mehr generationengerechtem Wohnraum durch Neu- und Umbau, die Entwicklung alternativer Wohnformen sowie die Förderung technischer Assistenzsysteme. „Die Empfehlungen der Altersberichte müssen mehr Beachtung in der politischen Praxis finden. Derzeit reagiert die Industrie schneller auf demografische Trends und die Bedürfnisse der älteren Generation als die Politik“, kritisierte Klitzing. Ausführlicher Bericht und Bilderschau der Seniorenpolitischen Fachtagung: dbb.de.

Zusammenarbeit im öffentlichen Dienst

Europapolitik: Wir brauchen eine umfassende Afrika-Strategie

Viele europäische Zukunftsfragen wie die Migration oder der Klimawandel können nur in einer geregelten Nachbarschaft mit Afrika bewältigt werden. Grundsätze dafür müssen Respekt und Augenhöhe sein.

„Der Erfolg von Deutschland und Europa hängt zu einem beträchtlichen Teil davon ab, wie wir die Nachbarschaft mit Afrika gestalten“, betonte der Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im Vorfeld des 30. Europäischen Abends, den der dbb beamtenbund und tarifunion am 21. Oktober 2019 in Berlin zusammen mit der Europa-Union Deutschland austrug.

„Die demografische Entwicklung, die Migration, der Klimawandel und seine Folgen sind untrennbar mit unserem direkten Nachbarkontinent verbunden – aber auch wirtschaftliche Perspektiven und der Zugang zu Ressourcen“, so Silberbach. Daher brauche es eine Afrika-Strategie, die eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf beiden Seiten des

Mittelmeeres bewirkt. „Funktionierende Staaten sind dabei einer der wichtigsten Ansatzpunkte“, sagte der dbb Chef.

Hier könne auch der öffentliche Dienst eine stärkere Rolle spielen – jenseits der klassischen Entwicklungszusammenarbeit. Silberbach: „Europäisch-afrikanische Kooperationen, Behördenpartnerschaften, Verwaltungsnetzwerke: all das ist vorstellbar und kann für beide Seiten eine gewinnbringende Investition in die Zukunft sein.“

Ausführlicher Bericht zum Europäischen Abend und Bilderschau: dbb.de.

dbb ist Gründungsmitglied **„Bundesnetzwerk Schwerbehindertenvertretungen“ gegründet**

Der dbb ist Gründungsmitglied beim „Bundesnetzwerk Schwerbehindertenvertretungen“ (BNW SBV). Im Fokus der neuen Organisation steht insbesondere die anstehende Novellierung der Versorgungsmedizin-Verordnung.

„Das Bundesnetzwerk der Schwerbehindertenvertretungen versteht sich als ein ehrenamtliches Netzwerk von Schwerbehindertenvertretungen für Schwerbehindertenvertretungen“, heißt es im Gründungsauftrag des BNW SBV vom 20. Oktober 2019. Künftig werde eine Internetplattform für die Information und die Kommunikation mit Teilnehmenden und Interessierten aufgebaut. Geplant sind auch regelmäßige Netzwerktreffen. So will das BNW SBV die Interessen der Schwerbehindertenvertretungen bündeln und damit die Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Politik erhöhen.

Die anstehende Novellierung der Versorgungsmedizin-Verordnung wird dabei ein wesentliches Thema sein. Seit Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes wird die Verordnung wohl die weitreichendsten Auswirkungen auf die Arbeit der Schwerbehindertenvertretungen haben. Auch deshalb wird das Thema zusätzlich einen Schwerpunkt des mittlerweile 5. dbb Forums Behindertenpolitik am 28. und 29. April 2020 in Berlin sein. Gemeinsam mit Politik, Wissenschaft und dem Sachverstand der Personal- und Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter unter dem Dach des dbb sollen die künftigen Herausforderungen im Bereich der Behindertenpolitik beleuchtet und Lösungsansätze erarbeitet werden.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

Gewalt gegen öffentlichen Dienst reißt nicht ab

Die Welle von Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Berlin weitet sich aus. „Die drängenden Forderungen des dbb Berlin nach einem umfassenden Sicherheitskonzept dürfen bei den politisch Verantwortlichen nicht länger auf taube Ohren stoßen“, empörte sich dbb Landeschef Frank Becker am 22. Oktober 2019 nach den jüngsten tätlichen Angriffen im Sozialamt Adlershof und in der JVA Heidering.

Die schlimmsten Narben nach solchen Vorfällen seien nicht sichtbar. „Die Kolleginnen und Kollegen leiden teilweise über mehrere Jahre hinweg. Unsere besten Wünsche sind bei den Opfern“, so Becker.

Verbale und tätliche Gewalt seien mittlerweile bei fast allen Berliner Behörden, bei den Verkehrsbetrieben oder auch in den Schulen an der Tagesordnung, ohne dass der Senat und insbesondere der Regierende Bürgermeister ihrer Fürsorgepflicht nachgekommen wären

und wirksame Schritte zur Sicherheit ihrer Beschäftigten eingeleitet hätten, kritisierte Becker.

„Der dbb Berlin hat längst aufgezeigt, was konkret zu tun ist, um die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor Gewalttaten zu schützen“, erinnerte der Landesbundschef. „Zwingend erforderlich sind neben baulichen und technischen Maßnahmen an Gebäuden insbesondere auch besser Aus- und Fortbildungskonzepte für die Beschäftigten, speziell auch die Dienstvorgesetzten, denn diese sind oft hilflos und auf Übergriffe schlecht vorbereitet.“



Bremen

Scharfe Kritik an geplanter Auflösung der Versorgungsrücklage

Bremens Senator für Finanzen Dietmar Strehl hat mitgeteilt, dass im kommenden Doppelhaushalt 2020/2021 die Rücklage für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten vollständig aufgelöst werden soll.

Das kündigte der Senator auf der Beiratssitzung des Sondervermögens Versorgungsrücklage an, die erstmals seit zwei Jahren einberufen wurde. Das Land Bremen, die Stadtgemeinde Bremen und die Verwaltung Bremerhaven (ohne Lehrpersonal und Polizei) würden dann die verbliebene Versorgungsrücklage von etwa 80 Millionen Euro innerhalb von zwei Jahren verbrauchen.

Der dbb bremen kritisierte das Vorhaben am 22. Oktober 2019 scharf: „Die früheren Aussagen, die Versorgungsrücklage für zu erwartende Versorgungslasten in den Spitzen durch eine schrittweise Entlastung auszugleichen, wird nicht eingehalten, und die Augen werden

davor verschlossen, dass auch in den Jahren ab 2022 ein erhebliches Versorgungsvolumen bewältigt werden muss. Dann wird der Senator für Finanzen wieder ein Klagegeld über die hohen Personal- und Versorgungskosten anstimmen und vergessen haben, dass die zuvor der Beamtenschaft über Jahre zugemuteten gekürzten Besoldungserhöhungen die Rücklage mit aufgebaut hatten.“

Außerdem belaste das Land Bremen als einziges Bundesland seine Versorgungsempfängerinnen und -empfänger mit einer Faktorisierung, wodurch der Versorgungsanspruch um circa 0,4 Prozent gekürzt wird.

Hessen

dbb hessen lehnt Bundesbank-Vorschlag für Rente mit 69 ab

Der dbb hessen lehnt den Vorschlag der Bundesbank, das Rentenalter auf fast 70 Jahre anzuheben, ab. „Wenn der Staat es nicht schafft, nach rund 45 Jahren Erwerbstätigkeit eine angemessene Rente zu zahlen, hat er versagt“, erklärte der Landesvorsitzende Heini Schmitt am 22. Oktober 2019.

Statt künftige Arbeitnehmer immer länger arbeiten zu lassen, schlägt Schmitt vor, die Einnahmenseite zu stärken und für eine gerechtere Verteilung der Sozialleistungen zu sorgen. „Zudem könnte der Staat Steuerschlupflöcher stopfen oder dafür Sorge tragen, dass Unternehmen dort besteuert werden, wo sie auch ihre Umsätze und Gewinne verzeichnen“, erläutert Schmitt. „Zudem berücksichtigt der Vorschlag auch nicht, dass eine zunehmende Zahl

von Arbeitnehmern nach 45 Arbeitsjahren schlicht mit ihrer Gesundheit am Ende sind.“

Die Bundesbank empfiehlt in ihrem aktuellen Monatsbericht, bis 2070 das Renteneintrittsalter mit der steigenden Lebenserwartung schrittweise zu erhöhen. Nach dem Bundesbank-Vorschlag würden im Jahre 2001 Geborene dann 2070 erst mit 69 Jahren und vier Monaten in Rente gehen.

Nordrhein-Westfalen

Digitalisierte Verwaltung - Anspruch und Wirklichkeit liegen weit auseinander

Der eGovernment Monitor 2019 stellt u. a. fest, dass sowohl die Nutzung von, als auch die Zufriedenheit mit E-Government-Angeboten in Deutschland seit 2012 stagniert. Roland Staude, Vorsitzender des Deutschen Beamtensyndikats Nordrhein-Westfalen, ist vom Ergebnis der Studie nicht überrascht: „Anspruch und Wirklichkeit liegen hier noch weit auseinander.“

Die Digitalstrategie des Landes sei in der Theorie schön anzusehen, erklärte Staude am 22. Oktober 2019. Doch in der Praxis sei – bis auf

die elektronische Gewerbeanzeige und die elektronische Steuererklärung Elster – von interaktiven Angeboten der Landesverwaltung

für die Bürgerinnen und Bürger im Internet wenig zu sehen. „Wir benötigen deutlich mehr einfache und verständliche digitale Dienstleistungsangebote“, fordert Staude.

Obwohl 74 Prozent der Bundesbürger inzwischen einen Personalausweis mit digitaler Scheckkartenfunktion haben, nutzen beispielsweise nur sechs Prozent die damit verbundenen Funktionen. Das liegt laut Studie u. a. daran, dass es keine branchenübergreifende digitale Identität gibt. Fast die Hälfte der Deutschen kann sich bereits jetzt vorstellen, für private Dienste und für Behördengänge auf die

gleichen digitalen Identitätsdaten zurückzugreifen.

Nordrhein-Westfalen habe zwar mit dem Service-Konto (eine Identität für alle E-Government-Dienste) einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht, so der DBB NRW Vorsitzende. Doch die flächendeckende Akzeptanz für die Nutzung von E-Government Diensten würde erst mit **einer** Identität für alle Dienste kommen, egal ob staatlich oder privat.

Rheinland-Pfalz

Digitalisierung und Gesundheitsmanagement zusammen denken

Digitaler Wandel im öffentlichen Dienst kann nur gelingen, wenn Ergonomie, Funktionalitäten und Abläufe die Bedürfnisse der Beschäftigten berücksichtigen. Darüber waren sich dbb Landeschefin Lilli Lenz und Bernhard Braun, Vorsitzender der Grünen-Landtagsfraktion, bei einem Treffen einig.

Die fortschreitende Digitalisierung in den öffentlichen Verwaltungen biete große Chancen für das Personal und die Bürgerinnen und Bürger. Arbeit könne effizienter erledigt und die Beschäftigten wirksam von Routinetätigkeiten entlastet werden, um freiwerdende Kapazitäten für komplexe Aufgabenerfüllung zu nutzen. Die Beschäftigten seien dabei der wichtigste Erfolgsfaktor – nur mit den Menschen, die die Technik gestalten und anwenden, werde die Digitalisierung klapfen.

„Eine Anpassung der Konzepte im Arbeits- und Gesundheitsschutz an die neue Arbeitswelt ist nötig. Die digitale Zukunft erfordert zum Beispiel andere Ansätze in der Prävention, damit eine Entgrenzung der Arbeitszeiten und die Zunahme von Informationsmengen nicht zur Gesundheitsgefährdung führen. Arbeitsverhältnisse verändern sich, die verlängerten Lebensarbeitszeiten müssen gesundheitlich auch bewältigt werden können. Der dbb fordert mehr Mittel und Ressourcen, damit eine alters- und altersgerechte Arbeitsgestaltung gefördert

werden kann“, sagte Lenz.

Eine klare Absage erteilten die Gesprächspartner zunehmender Gewalt gegen öffentlich Bedienstete. In diesem Bereich dürfe es auch keine Bagatellisierungen geben. Vielmehr bräuchten Opfer starken Rückhalt und breite Unterstützung durch den Arbeitgeber/Dienstherrn. Braun: „Die zunehmende Gewalt gegen Menschen im öffentlichen Dienst ist eine Entwicklung, die wir mit großer Sorge beobachten. Deswegen begrüßen wir Initiativen wie ‚Respekt. Bitte!‘ der Landesregierung, die die Bevölkerung für dieses Thema sensibilisiert. Neben dem Thema Gewalt gegen Landesbedienstete ist es für uns Grüne ebenfalls ein wichtiges Anliegen, entschieden gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz vorzugehen. Die Antisexismuskampagne des Frauenministeriums setzt hier an, indem sie ein unabhängiges Beratungsangebot schafft, bei dem Opfer sexueller Belästigung schnelle und unkomplizierte Unterstützung erhalten können.“

BDZ

Neue Bereichszulage beim Zoll

Am 3. Juli 2019 hat das Bundeskabinett den Entwurf des Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetzes (BesStMG) gebilligt. Darin ist u.a. vorgesehen, die Stellenzulage nach Nr. 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 a) und b) der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B (Anlage 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) neu zu fassen.

Der BDZ hatte sowohl in zahlreichen Gesprächen mit dem Bundesministerium der Finanzen als auch im gewerkschaftlichen Beteiligungsverfahren mit dem dbb gegenüber dem Bundesinnenministerium (BMI) mehrfach schriftlich deutlich gemacht, dass bei der Neufassung der Vorbem. Nr. 15 BBesO A/B der Zoll gegenüber dem Bundeskriminalamt und der Bundespolizei keinesfalls schlechter gestellt werden darf. Die gewerkschaftliche Position des BDZ hatten im Beteiligungsgespräch im BMI am 29. Mai 2019, der stellvertretende Bundesvorsitzende des BDZ, Thomas Liebel und Kollege Hans Eich, Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrats, BDZ, die als einzige Zöllner bei den Beratungen anwesend waren, vertreten.

Das BMF hat im Nachgang zum Beteiligungsgespräch am 3. Juli 2019 im BMI den Hauptpersonalrat zu verschiedenen Besprechungen zur Erarbeitung der erforderlichen Verwaltungsvorschrift eingeladen. Am Verhandlungstisch saßen für den HPR der Vorsitzende, Dieter Dewes, und der zuständige Berichterstatter

für das Zulagenwesen und Vorstandsmitglied, Hans Eich, beide BDZ.

Mit dem nunmehr im Entwurf vorliegenden Ergebnis der Verwaltungsvorschrift zur neuen Bereichszulage zeigt sich, dass die vom BDZ gewählte Strategie aufgeht. Die meisten BDZ-Forderungen (z.B. Binnenzollämter, Sachgebiete F, Sachgebiete G) konnten positiv erledigt werden. Vorausgesetzt, das BesStMG tritt nach den parlamentarischen Beratungen in der vorliegenden Fassung der Vorbem. Nummer 15 der BBesO A und B mit der neuen Verwaltungsvorschrift zur Bereichszulage in Kraft, werden die nachstehend aufgeführten Bereiche ab dem 1. Januar 2020 die neue gestaffelte Zulage erhalten und zwar in folgender Höhe: A 2-5: 70 Euro/mtl., A 6-9: 90 Euro/mtl., A10-13: 110 Euro/mtl., ab A 14: 140 Euro/mtl..

Details zu den zulagenberechtigten Bereichen: www.bdz.eu.

GDL

DB-Berateraffäre: Dieser Sumpf muss trockengelegt werden

„Wer glaubte, die Berateraffäre bei der DB sei nun offengelegt, der irrt. Tatsächlich wurde bisher nur die Spitze des Eisberges untersucht, denn die festgelegten Regeln zeigen nur Beratungsverträge, welche oberhalb von 100.000 Euro liegen. Die systematische Umgehung der Kontrollgremien ist jedoch auch in den Tochter- und Enkelunternehmen des Staatskonzerns betrieben worden“, so der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Claus Weselsky am 17. Oktober 2019 zum Compliance-Skandal bei der Deutschen Bahn. „Wir fordern eine vollständige Aufklärung der skandalösen Vorgänge und verlangen, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser Sumpf muss ein für alle Mal trockengelegt werden.“

Weselsky weiter: „Wir lassen nicht zu, dass durch eine ‚angebliche Unachtsamkeit‘ in der Onlineausgabe des Handelsblattes vom 10. Oktober 2019 unser einziges Aufsichtsratsmitglied Mario Reiß zur Zielscheibe derjenigen wird, die zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Sein geplanter Ausschluss aus dem Aufsichtsrat soll die Träume derjenigen vollenden, welche die systematische Umgehung der Aufsichtsgremien, Geldverschwendung und Unmoral in einem Unternehmen des Bundes

zum Tagesgeschäft gemacht haben. Dieser Angriff auf ein aufrechtes GDL-Mitglied zwingt uns dazu, Klartext zu sprechen.“

Die freigiebige Vergabe von Beraterverträgen an frühere Führungskräfte sorgt seit geraumer Zeit für Unruhe im Konzern. Eine von der DB beauftragte Untersuchung entsprechender Verträge von 29 Personen durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young ergab, dass die DB mit diesen zwischen 2008

und 2018 insgesamt 60 Beraterverträge im Volumen von rund 13 Millionen Euro abgeschlossen hat. 58 und damit fast alle Verträge wurden ohne Zustimmung des Konzernaufsichtsrats vergeben – ein klarer Verstoß gegen das Aktienrecht. In vielen Fällen erhielten die Empfänger das Honorar zudem, ohne überhaupt eine oder zumindest eine entsprechende Gegenleistung zu erbringen. In Einzelfällen gab es zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gar keine Beratungsnotwendigkeit. Zur Rechtfertigung wurde diese einfach erfunden.

„Man fragt sich, wie so etwas in einem Unternehmen wie der DB mit dem Eigentümer Bund überhaupt passieren kann“, so Weselsky. „Es handelt sich hier um eine gefährliche Mischung

aus fehlerhaftem Selbstverständnis von Teilen des DB-Vorstands, mangelnder Prozesskontrolle im Sinne des Compliance-Managements und vor allem nicht vorhandenem Anstand und Respekt gegenüber den Mitarbeitern, die den Bahnbetrieb für 15 Euro Stundenlohn in unregelmäßigen Schichtdiensten am Laufen halten.“

Fakt ist, dass die GDL weder die Missachtung der Beschäftigten, noch die jahrzehntelange Steuerverbrennung untätig hinnehmen wird. Weselsky: „Wer uns kennt, weiß, dass wir uns an der schonungslosen Aufklärung dieses und der Verhinderung künftiger Compliance-Fälle durch niemanden hindern lassen.“

VBE

Bund-Länder-Initiative „Schule stark machen“ ist halbherzig

Bund und Länder haben sich auf eine gemeinsame Initiative verständigt, durch die mit 125 Millionen Euro die Bildungschancen von sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern verbessert werden sollen. „Jede Initiative, die dazu beiträgt, den Zusammenhang von sozio-ökonomischer Herkunft und Bildungschancen aufzulösen, ist zu begrüßen,“ kommentiert der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, am 23. Oktober 2019: „Wenn es aber stimmt, dass die Länder sich nach PISA alle auf den Weg gemacht haben, um dieses Problem zu lösen, frage ich mich, warum in der Kultusministerkonferenz (KMK) nicht längst evaluierte Ergebnisse vorliegen, die man in die Fläche tragen kann. Vor diesem Hintergrund und der Größe des zu lösenden Problems ist die heute vorgestellte gemeinsame Initiative von Bund und Ländern halbherzig. Heute angekündigt, wird die Umsetzung zum Schuljahr 2021/22 starten – pünktlich zum 20-jährigen Jubiläum des sogenannten PISA-Schocks. Das grenzt an Verschleppung. Zumal in der ersten Phase nur 200 von 32.577 allgemeinbildenden Schulen beteiligt werden. Erst 2026 kann der Transfer an alle Schulen beginnen. Bis dahin haben wir wieder eine Schülergeneration verloren.“

Beckmann kritisiert außerdem das Fehlen einer nationalen Bildungsstrategie: „Die Maßnahmen, welche umgesetzt werden, um besser mit der steigenden Heterogenität in den Schulen umgehen zu können, täuschen über ein Grundproblem des Bildungssystems nicht hinweg: Es ist nicht ausfinanziert. Wo Lehrkräfte fehlen, wo keine multiprofessionellen Teams an Schulen eingesetzt werden und wo Kinder deshalb eben keine individuelle Förderung erhalten, laufen viele Maßnahmen ins Leere. Deshalb brauchen wir endlich eine tragfähige Vorstellung, was Bildung leisten kann und soll – und wie Schulen dafür ausgestattet

werden müssen.“

Bezüglich der Evaluierung von Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus weist der VBE Chef darauf hin, dass darauf geachtet werden muss, dass nicht alle Maßnahmen für alle Kinder gleichermaßen wirken: „Es braucht immer ein Nebeneinander verschiedener Maßnahmen, um dem individuellen Kontext Rechnung tragen zu können und die Schulen in der Bandbreite der dort auftretenden heterogenen Herausforderungen ausstatten zu können.“

VDR

Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen widerspricht Ergebnissen der IQB-Studie

Der Deutsche Realschullehrerverband (VDR) lehnt die bei den Koalitionsverhandlungen in Sachsen angedachte Einführung der Gemeinschaftsschule in das sächsische Schulsystem ab. Der VDR Bundesvorsitzende Jürgen Böhm machte dazu am 23. Oktober 2019 deutlich: „Sachsen hat eben erst in der IQB-Bildungstrend-Studie den Spitzenplatz erreicht und riskiert nun ohne Not seinen Absturz in der Tabelle.“

Die Studie habe sehr deutlich gemacht, dass Bundesländer mit einem hohen Anteil an Gemeinschaftsschulen nicht auf den ersten Plätzen sind. Böhm beobachtet deshalb mit Sorge, dass die möglichen Partner aus CDU, SPD und Grünen bereits in ihren Sondierungsgesprächen vereinbart haben, in den Koalitionsverhandlungen nun einen Weg zu erarbeiten, wie die Einführung von Gemeinschaftsschulen in das sächsische Schulsystem gewährleistet werden soll. „Wir lehnen eine Verankerung der Gemeinschaftsschule in das sächsische Schulgesetz ab und fordern alle Verhandlungspartner auf, sich die Ergebnisse der IQB-Studie genau anzuschauen und deren Befunde ernst zu nehmen“, so Böhm. Es gelte, auf Basis von nachweisbaren Fakten zu entscheiden

und nicht die Ideologie voranzustellen.

Die Fachverbandsvorsitzende Oberschulen im Sächsischen Lehrerverband (SLV), Petra Müller, verweist darauf, dass aus dem Ergebnis der Landtagswahl kein Wählerauftrag für eine Gemeinschaftsschule abgeleitet werden könne. Sie warnt vor einer Gefährdung von bestehenden Schulstandorten: „Mit dem Konzentrationsprozess auf wenige Gemeinschaftsschulen wird auch der letzte kleine Oberschulstandort in der Fläche geopfert werden. Wer nicht begreift, dass die Oberschule die passende Antwort auf regionale Bedürfnisse für mittlere Gemeinden gibt, der wird mit einer Mogelpackung erwachen.“

Namen und Nachrichten

Am 21. Oktober 2019 haben die Entgelttarifverhandlungen für die Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft (LVG) begonnen. Der **dbb** (verhandelt für die **NahVG**) fordert, die Einkommen deutlich anzuheben, und hat den Arbeitgebervertretern entsprechend eine neue Tabelle mit deutlich erhöhten Werten in allen Entgeltgruppen und -stufen übergeben. Ferner hat der **dbb** klargestellt, dass die Beschäftigten konstant gute Leistungen bringen, hohe Einsatzbereitschaft zeigen und deshalb zu Recht diese Verbesserungen erwarten. Die Arbeitgeberseite hat die Forderungen jedoch als überzogen bezeichnet und zurückgewiesen. Die Verhandlungen werden am 30. Oktober 2019 fortgesetzt.

Wie müssen sich die Arbeitsbedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst verbessern? Die **dbb** Online-Umfrage zu dieser Frage läuft noch bis zum 1. November 2019. „Wir wollen ein möglichst konkretes Bild davon, wo genau die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Schuh drückt. Die Umfrage kann die

vielen persönlichen Gespräche in den Betrieben und Dienststellen, die wir kontinuierlich führen, mit Sicherheit sinnvoll ergänzen“, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des **dbb** Volker Geyer bereits zum Start der Umfrage Anfang Oktober. Nun ruft er zum „Endspurt“ auf: „Ich hoffe, dass bis Anfang November noch viele weitere Beschäftigte teilnehmen. Gemeinsam können wir viel erreichen!“

Am 4. und 5. November 2019 führt der **NBB** in Hannover seinen Landesgewerkschaftstag durch. Rund 180 stimmberechtigte Vertreterinnen und Vertreter werden am Vormittag des 4. November u.a. die neue Landesleitung wählen. Auf der öffentlichen Veranstaltung am Nachmittag werden u.a. der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius, **dbb** Chef Ulrich Silberbach sowie der Bürgermeister der Stadt Hannover Thomas Hermann sprechen.

Im Juli 2019 hat der Thüringer Landtag beschlossen, das Thüringer Beamtenengesetz ab

2020 im Bereich der Beihilfe zusätzlich um die Variante der Pauschalen Beihilfegewährung zu ergänzen. Am 21. Oktober 2019 hat der **dbb thüringen** hierzu mit Vertretern von Debeka (PKV) und AOKplus (GKV) eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Fazit: Die im Gesetzesverfahren und in der Presse propagierte Wahlfreiheit mit Schwerpunkt Wechsel in die GKV gibt es tatsächlich nur für einen sehr eingeschränkten Personenkreis der Bestandsbeamten sowie für alle Neubeamten. Sehr vereinfacht ausgedrückt ist ein Wechsel in die pauschale Beihilfegewährung durch Wechsel von der privaten in die gesetzliche Krankenversicherung als freiwillig Versicherter nur möglich, wenn man vorher bereits Mitglied in der GKV

war. Die einmal durch schriftlichen Antrag getroffene Entscheidung für die individuelle oder pauschale Beihilfe ist unwiderruflich und wird bei der Verbeamtung (auf Widerruf oder Probe) abgefragt. Ein Hin- und Herwechseln zwischen der pauschalen und der „individuellen“ Beihilfe ist nicht möglich. In der Veranstaltung wurden durch die Fachleute der Debeka und der AOKplus zudem die finanziellen Vor- und Nachteile herausgearbeitet. Es wurde deutlich, dass die neue Form der Beihilfegewährung nur für einen kleinen Personenkreis kostengünstiger ist. Bei Vorerkrankungen oder Beeinträchtigungen oder aufgrund besonderer familiärer Lebensumstände etwa kann die pauschale Beihilfe eine Alternative darstellen.

Kommende Termine:

61. dbb Jahrestagung
6. - 7. Januar 2020, Köln
